

Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung

Migration gibt es, seit es Menschen gibt; sie nimmt jedoch im Zeichen der Globalisierung neue Züge an (vgl. dazu: Angenendt 2003; Galtung 2003; Nuscheler 2003). Auch die Armut zeigt, eng mit tiefgreifenden „Reformen“ des modernen Wohlfahrtsstaates verbunden, die der Neoliberalismus vorantreibt, heute ein anderes Gesicht. Hier soll untersucht werden, wie und warum es zu diesen Veränderungen kommt, welche Folgen sich daraus für entwickelte Industrienationen ergeben und ob demokratische, soziale und humane Alternativen der Zuwanderungspolitik existieren.

1. Globalisierung, neoliberale Modernisierung und Krise des Sozialen

„Globalisierung“ bedeutet zunächst die Intensivierung wissenschaftlich-technischer, ökonomischer, ökologischer, politischer, kultureller und sozialer Beziehungen zwischen Menschen, welche nationalstaatliche Grenzen überschreiten und zumindest der Tendenz nach auch überwinden. Davon deutlich als eine, aber nicht allein mögliche Erscheinungsform der Globalisierung zu unterscheiden ist die neoliberale Modernisierung bzw. Umstrukturierung. Hierbei handelt es sich um ein gesellschaftspolitisches Großprojekt, das auf der ganzen Welt noch mehr soziale Ungleichheit schaffen soll, als es sie aufgrund der ungerechten Verteilung von Ressourcen, Bodenschätzen, Grundeigentum, Kapital und Arbeit ohnehin gibt.

Seinen bis heute dauernden Siegeszug trat der Neoliberalismus, anfänglich „Neokonservatismus“ genannt, bereits gegen Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre an. Später setzte sich die Bezeichnung „Neoliberalismus“ durch, welche deshalb missverständlich ist, weil seine Aufwertung wirtschaftlicher Kennziffern und der Mechanismen kapitalistischer Marktsteuerung keineswegs mit Engagement für individuelle Bürgerrechte, Hauptmerkmal des zur Bedeutungslosigkeit absinkenden politischen Liberalismus, einherging (vgl. Bischoff 1998, S. 55 f.).

Solange es ihn gibt, bemängeln viele Beobachter das „Überborden“ des Wohlfahrtsstaates. Durch den hegemonialen Globalisierungsdiskurs als ideologische Legitimationsbasis des Neoliberalismus, das Projekt des „Umbaus“ fast aller Gesellschaftsbereiche nach marktwirtschaftlichem Vorbild sowie die Verabsolutierung des Wettbewerbs- und Leistungsgedankens ist der moderne Wohlfahrtsstaat – *die* soziale Errungenschaft des nordwestlichen Europas schlechthin – stark unter Druck geraten (vgl. hierzu etwa: Butterwegge 2001).

Auch durch eine großzügige Migrationspolitik, bei der „Zuwanderung in die Sozialsysteme“ stattfindet, untergrabe er seine Fundamente. Vergleicht man die Inanspruchnahme wohlfahrtsstaatlicher Leistungen wie der Sozialhilfe seitens einheimischer und zugewanderter Untersuchungskohorten, stellt man jedoch bereits nach einem Zeitraum von fünf Jahren eine Konvergenz der gezahlten Geldbeträge fest, die zunächst als Integrationshilfe wirken. Felix Büchel, Joachim Frick und Wolfgang Voges (1997, S. 272) wiesen nach, dass „die Wahrscheinlichkeit eines Sozialhilfebezugs mit zunehmender Aufenthaltsdauer abnimmt“. Wenn länger ansässige Ausländer/innen signifikant höhere Sozialleistungen beziehen, ist dies nach der zitierten Studie nicht auf ihre Nationalität bzw. Herkunft, vielmehr eine gegenüber deutschen Vergleichsgruppen ungünstigere Sozialstruktur zurückzuführen. „Aufgrund der tendenziell günstigen demographischen Struktur der Zuwanderer – mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil Jüngerer und wenig Älteren – kann entsprechend davon ausgegangen werden, daß Zuwanderung auf lange Sicht das System der sozialen Sicherung tendenziell eher ent- als belastet.“ (ebd., S. 289)

Auch durch „Illegale“ (Zuwanderer ohne Aufenthaltsrecht bzw. Duldung), deren Zahl besonders stark wächst, wenn sich ein wohlhabendes Land wie die Bundesrepublik Deutschland abschottet und die Möglichkeiten des legalen Aufenthalts weiter beschneidet, wird das System der sozialen Sicherung kaum belastet (vgl. Röseler/Vogel 1993, S. 29). Wie die meisten EU-

Bürger/innen mit dem Problem „illegale Zuwanderung“ umgehen, grenzt ohnehin an Heuchelei: Man empört sich in den Medien über die Rücksichtslosigkeit der Schlepper- bzw. Schleuserbanden, die zwecks eines hohen Gewinns selbst den Tod von Migrant(inn)en aus der sog. Dritten Welt in Kauf nehmen, fragt aber nicht, ob sich solche Menschen wie die 58 Chinesen, deren Erstickungs- bzw. Kältetod in einem Kühllastwagen als „Drama von Dover“ gegen Ende Juni 2000 Schlagzeilen machte, vielleicht nur deshalb zweifelhaften Organisationen anvertrauen, weil sich Westeuropa immer mehr abschottet und gegenüber dem Flüchtlingselend verschließt.

Teilweise drängt sich der Eindruck auf, dass neoliberale Sozialstaatskritiker die durch Zuwanderung bedingten Herausforderungen für den Wohlfahrtsstaat missbrauchen, um seine Legitimationsgrundlage generell zu erschüttern. Meinhard Miegel (1997, S. 103) beispielsweise betrachtet Zuwanderung in die Bundesrepublik von 1973 bis heute als „wirtschaftliche und soziale Belastung der einheimischen Bevölkerung“ und beurteilt die Wirkung künftiger Migrationsbewegungen auf die hoch produktiven Teile der Volkswirtschaft ausgesprochen negativ:

„Deutschland muß sich (...) umgehend damit befassen, daß möglicherweise wenig qualifizierte und produktive Menschen in großer Zahl zuwandern werden und daß nicht zuletzt deshalb Wissen und Kapital abwandern könnten. Zugleich könnte in Deutschland auch aufgrund der demographischen Veränderungen die Fähigkeit, Wissen und Kapital zu generieren, abnehmen. Hier liegt das eigentliche Spannungsverhältnis von Zuwanderung und Sozialstaat.“ (ebd., S. 104)

Miegel übersieht jedoch, dass die seit dem Anwerbestopp im November 1973 forcierte Familienzusammenführung auch bevölkerungspolitische Ziele verfolgte: Kinder von Zuwanderern wurden gebraucht, weil sie die durch sinkende Geburtenraten der Inländerpopulation entstandenen Lücken schließen helfen sollten (vgl. Potts 1988, S. 265).

Die früheren europäischen Kolonialmächte sowie die von ihnen geprägten „klassischen“ Einwanderungsländer USA, Australien und Kanada haben einen Nationalstaat, der großzügiger ist als ihr sehr liberaler, wenig entwickelter Wohlfahrtsstaat; in der Bundesrepublik Deutschland ist der Sozialstaat dagegen großzügiger als der Nationalstaat: Sozialleistungen sind hier leichter zu erhalten als die Staatsbürgerschaft; dort verhält es sich genau umgekehrt. Da es sich bei der Bundesrepublik in Bismarck'scher Tradition um einen *Sozialversicherungsstaat* handelt, hängt die Inklusion zuwandernder Personen ganz entscheidend von deren Integration auf dem Arbeitsmarkt ab (vgl. Schmähl 1995, S. 251).

Corinna Kleinert (2000, S. 355) konstatiert, „dass eine Inklusion von Einwanderern in das soziale System, auch wenn sie verwirklicht ist, ohne Vollinklusion in das politische System immer prekär und von Zurücknahme der Rechte bedroht bleibt.“ Nach dem Scheitern des Zuwanderungsgesetzes am 18. Dezember 2002 vor dem Bundesverfassungsgericht ist noch häufiger als vorher von einer zu verbessernden Integration der Migrant(inn)en die Rede, welche oft genug auf Kenntnisse der deutschen Sprache reduziert wird, aber mit Inklusion, d.h. gleichberechtigter politischer Partizipation (vgl. Büttner/Meyer 2001), einhergehen muss, soll sie dauerhaft sein. *Integration* bedeutet die bürgerschaftliche Einbindung von Migrant(inn)en in den National-, *Inklusion* deren volle Einbeziehung in den Sozialstaat. Nur wenn die beiden – miteinander korrespondierenden – Prozesse erfolgreich verlaufen, kann ernsthaft von einer *zivilen* bzw. einer *Bürger*gesellschaft die Rede sein.

Aufgrund rassistischer Ressentiments befinden sich Asylsuchende in folgendem Dilemma: Wenn sie einem Arbeitsverbot unterliegen, wirft man ihnen vor, faul und „Sozialschmarotzer“ zu sein; wenn sie arbeiten dürfen, wirft man ihnen vor, den Einheimischen die Arbeitsplätze wegzunehmen.

Aus diesem Teufelskreis permanenter Diffamierung führt längerfristig nur eine Politik der Antidiskriminierung und der gezielten Gleichstellung von (ethnischen) Minderheiten auch und gerade im Wohlfahrts- und Wirtschaftsbereich heraus, verbunden mit Aufklärungskampagnen sowie energischeren Maßnahmen gegen rechtsextreme Organisationen, Strömungen und Bestrebungen. Bislang ist auf diesem Gebiet trotz des im Frühherbst 2000 verkündeten „Aufstandes der Anständigen“ (Bundeskanzler Gerhard Schröder) und des am 18. März 2003 eingestellten Verbotsverfahrens gegen die NPD jedoch enttäuschend wenig passiert.

3. Spaltungstendenzen als Konsequenzen neoliberaler Modernisierung

Die als neoliberale Modernisierung gegen das Projekt sozialer Gleichheit gerichtete Globalisierung führt zu Ausdifferenzierungs- bzw. Spaltungsprozessen in fast allen Bereichen. Genannt und anschließend beleuchtet seien hier

- die Dualisierung des Prozesses transkontinentaler Wanderungen in Experten- bzw. Elitenmigration einerseits und Elendsmigration andererseits;
- die Ausdifferenzierung der Migrationspolitik in positive Anreize für Erstere und negative Sanktionen für Letztere.

3.1 Dualisierung der Zuwanderung in Eliten- und Elendsmigration

Wanderungsbewegungen, denen unterschiedliche Motive zugrunde liegen, hat es immer gegeben und wird es zumindest vorübergehend vermehrt geben, weil nicht nur die neuen Informations-, Kommunikations- und Transporttechnologien bessere Möglichkeiten hierfür bieten (vgl. Köppen 2000), sondern globale Probleme wie Umweltkatastrophen, Hungersnöte oder Epidemien einerseits und dadurch initiierte oder intensiviertere Repressalien autoritärer Regime, Bürger- und Interventionskriege wie gegen die Bundesrepublik Jugoslawien oder den Irak andererseits auch die (subjektiv wahrgenommene) Notwendigkeit dazu erhöhen dürften. Allenthalben wird auf die Steigerung der weltweiten Mobilität und die Bedeutung des globalisierten Verkehrswesens für die Entstehung von Migrationsströmen hingewiesen (vgl. Müller-Schneider 2000, S. 111 f.), weniger häufig indes auf die im selben Maße zunehmenden Grenzkontrollen, Überwachungstechniken und anderen Restriktionen.

Petrus Han (2000, S. 63) geht von einer „Globalisierung der Migrationsbewegungen“ seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges aus und konstatiert eine „Diversifizierung der Migrationsformen“, worunter er die Arbeitsmigration, die Familienzusammenführung, die Flucht, die Migration von Student(inn)en, die Migration ethnischer Minderheiten und die sog. illegale Migration versteht. Wenn man den Globalisierungsbegriff enger fasst und ihn nicht nur im Sinne einer Ausbreitung vormals geografisch begrenzter Phänomene bzw. Prozesse über die ganze Welt deutet, kommt das Neue an der momentanen Migrationssituation besser zum Ausdruck: Arbeitsmigration als wichtigster Migrationstyp der Gegenwart teilt sich noch einmal vertikal in eine Luxus- und eine Pariavariante.

Migrationsprozesse lassen sich weder von den persönlichen Schicksalen der Betroffenen noch von den gesellschaftlichen Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnissen ablösen, die sie determinieren sowie ihr Ausmaß und ihre Richtung bestimmen. Dies gilt auch und gerade für den Globalisierungsprozess. Was im tagespolitischen und Mediendiskurs mit Schlagworten wie „Armutsmigration“ oder „Wirtschaftsflucht“ belegt wird, geht als soziale Problemlage auf Formveränderungen und die wachsende Dynamik des Weltmarktes zurück: „Entwurzelung großer Menschengruppen und durch sie bedingte Ausbreitung der Marginalität sowie darauf folgende Migrationspro-

zesse sind vom Prozeß der Globalisierung nicht zu trennen.“ (Kößler 1997, S. 331)

Man könnte aus denselben Gründen von „Globalisierungsmigration“ sprechen, die H. Gerhard Beisenherz (2002) veranlassen, von Kinderarmut als „Kainsmal der Globalisierung“ zu reden. Wanderungsbewegungen als Folge des neoliberalen Umstrukturierungsprozesses auf der ganzen Welt zu betrachten heißt aber nicht zwangsläufig, die entwickelten Industrieländer als Opfer riesiger Flüchtlingsströme zu sehen, wie es fälschlicherweise häufig geschieht. „Die weltweiten Migrations- und Asylprobleme spielen sich vor allem auf der südlichen Halbkugel ab.“ (Meier-Braun 2002, S. 173)

Die soziale Spaltung der Weltgesellschaft in Arm und Reich löst nicht nur neue Wanderungsprozesse aus, sondern führt auch zu deren weiterer Ausdifferenzierung. Je mehr die sog. Dritte Welt im Globalisierungsprozess von der allgemeinen Wirtschafts- bzw. Wohlstandsentwicklung abgekoppelt wird, umso eher wächst der Migrationsdruck, welcher Menschen veranlasst, ihrer Heimat den Rücken zu kehren und nach Möglichkeiten der Existenzsicherung in fernerer Weltregionen zu suchen, was wiederum polarisierend auf die Einkommensdisparitäten zwischen den und innerhalb der einzelnen Gesellschaften zurückwirkt. Gleichzeitig werden soziale Zusammenhänge labiler und die Menschen sowohl beruflich flexibler wie auch geografisch mobiler. Sie überwinden leichter und viel schneller als in der Vergangenheit riesige Entfernungen. Transkontinentale Wanderungen verändern die ganze Welt, deren Gesellschaften immer weniger dem Muster homogener Nationalstaaten entsprechen.

Neben die altbekannte Migrationsform eines intentionalen, direkten und definitiven Wohnsitzwechsels, der in aller Regel einer prekären oder Notsituation im Herkunftsland geschuldet ist (Elends- bzw. Fluchtmigration), über nationalstaatliche Grenzen hinweg tritt eine neue Migrationsform, bei der sich Höchstqualifizierte, wissenschaftlich-technische, ökonomische und politische Führungskräfte sowie künstlerische und Sportprominenz heute hier, morgen dort niederlassen, sei es, weil ihre Einsatzorte rotieren, der berufliche Aufstieg durch eine globale Präsenz erleichtert wird oder Steuervorteile zum modernen Nomadentum einladen (Eliten- bzw. Expertenmigration). Ludger Pries (1997) spricht in diesem Zusammenhang von einer „transnationalen Migration“ der Gegenwart und Zukunft, die sich m.E. jedoch weder sprachlich noch inhaltlich sauber gegenüber einer „internationalen Migration“, wie man sie aus der Vergangenheit kennt, abgrenzen lässt.

Einen zentralen Unterschied, den die „Globalisierungsmigrant(inn)en“ selbst im Vergleich zu früheren Wanderungsprozessen empfinden, benennt Bernhard Nauck (2001, S. 256), wenn er in einer Expertise für den Sechsten Familienbericht der Bundesregierung zum Thema „Familien ausländischer Herkunft“ schreibt:

„Wanderungsentscheidungen verlieren zunehmend den Charakter einer Zäsur im Lebensverlauf, bei dem der Herkunftskontext ‚ein für allemal‘ zugunsten einer ‚Einwanderung‘ aufgegeben und allenfalls sporadischer Kontakt unterhalten wird. Moderne Informationstechnologien ermöglichen es, den Kontakt zu Bezugspersonen im Herkunftskontext dauerhaft zu unterhalten und sich kontinuierlich über das Geschehen in der Herkunftsgesellschaft zu informieren. Verkehrstechnologien ermöglichen es, zeit- und kostengünstig den Herkunftskontext regelmäßig zu besuchen, Migrationsentscheidungen zu revidieren oder durch neue zu erweitern.“

3.2 Ausdifferenzierung der Migrationspolitik: Anwerbung der „besten Köpfe“ und Flüchtlingsabwehr

Bedingt durch zunehmende Spaltungstendenzen zwischen den wie innerhalb der einzelnen Nationalstaaten, gestaltet sich die Migrationspolitik immer weniger einheitlich: Während die entwickelten Industrienationen der Triade (Nordamerikas unter Führung der USA, Westeuropas unter Führung der Bundesrepublik und Südostasiens unter Führung Japans) gut ausgebildete Fach- bzw. Führungskräfte aus aller Herren Länder im „Kampf um die besten Köpfe“ zu gewinnen suchen, gilt Armutsmigration bzw. Flucht den Bewohnern solcher reichen Länder als „Standortnachteil“, den man tunlichst zu vermeiden oder wenigstens zu verringern sucht. Zu- bzw. Einwanderung wird fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt ihres betriebs- oder volkswirtschaftlichen Nutzens für das als „Wirtschaftsstandort“ begriffene Aufnahmeland bewertet (vgl. dazu: Wengeler 2000). Dies gilt umso mehr, als die Konkurrenzfähigkeit des „Standorts D“ hierzulande in einer vom Neoliberalismus beeinflussten Öffentlichkeit zum Maß aller Dinge avanciert.

In der aktuellen Einwanderungsdiskussion verkehren sich die traditionellen Fronten: Während (national)konservative Kreise die Staatsgrenzen „dichtmachen“ und möglichst wenige oder gar keine Migrant(inn)en mehr aufnehmen wollen, setzen sich (wirtschaftsliberale) Unternehmer und ihre Verbände für eine Lockerung der bestehenden Zuwanderungsrestriktionen ein. Aus einer unternehmerischen oder unternehmernahen Perspektive erscheint die begrenzte Zuwanderung (vor allem gut ausgebildeter, möglichst williger und billiger Arbeitskräfte) als ökonomischer Standortvorteil. Bernd Hof (1993, S. 293) kam in einer Studie für das Institut der deutschen Wirtschaft zu dem Ergebnis: „Wenn Europa ein leistungsfähiger Standort bleiben will, ist es auf Zuwanderung angewiesen. Aber es kann nur das Ausmaß zulassen, das im Inneren verkraftbar ist.“

Scheinbar positiv besetzt ist Zuwanderung auch im Rahmen der neoklassischen Angebotstheorie, die darin ein Indiz für die Konkurrenzfähigkeit eines bevorzugten Aufnahmelandes gegenüber anderen Wirtschaftsstandorten sieht:

„Zuwanderung ist der beste empirische Beleg für die relative Attraktivität eines Standortes im Wettbewerb um mobile Produktionsfaktoren. Zuwanderung vergrößert den Pool an Arbeitskräften, erhöht so das verfügbare Humankapital, dadurch steigt die Kapitalrentabilität, und das wirtschaftliche Wachstum wird stimuliert.“ (Straubhaar 1997, S. 61)

Obwohl oder gerade weil der Neoliberalismus (viele, jedoch keineswegs alle) Zuwanderer als Gewinn für die eigene Volkswirtschaft betrachtet, sie „vorurteilsfrei“ ökonomischen Kosten-Nutzen-Kalkülen unterwirft und ihre Arbeitskraft als „Humankapital“ betrachtet, bedeutet eine „Herrschaft des Marktes“ für die Migrationspolitik weniger Humanität und den Abschied von moralischen Kategorien.

Mit den Wanderungsbewegungen erfährt auch die Zuwanderungspolitik in den westlichen Wohlfahrtsstaaten eine Ausdifferenzierung: Elendsmigration unterliegt anderen Gesetzen, präziser: viel restriktiveren und repressiveren Formen der Regulierung, als sie Eliten- bzw. Expertenmigration zuteil wird. Erstere stößt nicht nur auf offene Ablehnung in der öffentlichen Meinung, wie etwa die alarmistisch geführte Asyldebatte zu Beginn der 1990er-Jahre zeigte, sondern gilt als Existenzbedrohung für den „eigenen“ Wirtschaftsstandort; Letztere wird im Standortinteresse akzeptiert, aber je nach Konjunktur- bzw. Arbeitsmarktlage limitiert. Globalisierung macht die Grenzen nicht durchlässiger, bietet aber Menschen, die als „Edelmigrant(inn)en“ bevorzugt ins Land gelassen, wenn nicht gar gelockt werden, winzige Schlupflöcher. „Die Grenzen sind offen, aber nur für die Gebildeten und Erfolgreichen.“ (von Lucke 2000, S. 911)

Wenn man so will, entsteht ein duales und selektives Migrationsregime: Die „guten“ (d.h. hoch qualifizierten) Zuwanderer werden angeworben bzw. willkommen geheißen, die „schlechten“ (d.h. niedrig qualifizierten) Zuwanderer systematisch abgeschreckt. Zuckerbrot und Peitsche dienen als Instrumente einer Migrationspolitik, die im Alltag volkswirtschaftlichen und demografischen Interessen folgt, wiewohl die Menschenrechte in Sonntagsreden zur obersten Richtschnur des Handelns erklärt werden. Migrant(inn)en fungieren als Mehrerer/innen ökonomischen Wohlstandes und/oder als demografische Lückenbüßer/innen, sofern Arbeitskräfte bzw. kinderreiche Familien fehlen, um eine größere Gesamtgütermenge zu produzieren bzw. sich als „Gesellschaft im Niedergang“ biologisch überhaupt noch zu reproduzieren.

Unter dem neoliberalen Diktat der globalisierten Ökonomie bleibt die Humanität leicht auf der Strecke. Je mehr sich die einzelnen Nationalstaaten gemäß der neoliberalen Heilslehre als „Wirtschaftsstandorte“ verstehen, umso stärker wetteifern sie um das schärfste Asylregime in der Annahme, eine hohe Zahl gering qualifizierter Zuwanderer verschlechtere ihre Position auf dem Weltmarkt, belaste nur die Sozialsysteme und gefährde zumindest tendenziell den Wohlstand ihrer Bürger/innen.

Als jüngstes Stadium des Kapitalismus ist die ökonomische Globalisierung durch eine umfassende, Zollschränken, Handelsbarrieren und Devisenkontrollen transzendierende Internationalisierung der Märkte gekennzeichnet, nicht aber durch eine Liberalisierung der Migrationspolitik. Vielmehr sind Maßnahmen neoliberaler Deregulierung, die hauptsächlich arbeits- und sozialrechtlichen Schutzbestimmungen für abhängig Beschäftigte gelten, durchaus mit einer bürokratischen Überreglementierung der Zuwanderung vereinbar. Sabine Dreher (2003, S. 14) weist zudem darauf hin,

„dass Immigration im ‚neoliberalen Projekt‘ zwar einerseits Wettbewerbsfähigkeit sichern soll und daher weiterhin notwendig ist. Andererseits dient Immigrationspolitik auch dazu, die Handlungsfähigkeit des Staates zu beweisen, ohne dass das ‚neoliberale Projekt‘, die Herstellung eines globalen Marktes, dabei gefährdet wird. Restriktive Migrationspolitik, die auf bewusste Ausgrenzung des ‚Anderen‘ hinausläuft, sichert die Legitimation des Staates.“

Während im Bereich der Flucht- wie der „illegalen“ und normalen Arbeitsmigration rigide Kontroll- und Schließungsmechanismen des einzelnen Nationalstaates greifen, der seine vom Globalisierungsprozess bedrohte Souveränität durch die Weigerung, Minderprivilegierte und Schutzsuchende aufzunehmen, wieder herstellen zu können glaubt, geschieht im Bereich der Experten- und Elitenmigration genau das Gegenteil: Der einzelne Nationalstaat verzichtet auf Kompetenzen zugunsten transnationaler Konzerne, die als Global Player ihre Personalplanung nicht von staatlichen Zuwanderungsentscheidungen abhängig machen wollen. Saskia Sassen (2000, S. 8) prognostiziert sogar eine Privatisierung jener Bereiche der Zuwanderungspolitik, die Personen mit hoher Berufsposition bzw. -qualifikation betrifft:

„Sie werden Objekte effektiver Regulierung *und* Unterstützung – ganz im Sinne der neuen Ideologie von Freihandel und freien Investitionen. Im Extremfall könnte den Regierungen nur die Überwachung von ‚schwierigen‘ und ‚unterqualifizierten‘ Immigranten verbleiben – also Arme, Niedriglohneempfänger, Flüchtlinge, Sozialhilfeempfänger und Querulanten.“

Mit der Dubliner Asylrechtskonvention vom 15. Juni 1990 und den vier Tage später verabschiedeten Durchführungsbestimmungen zum Schengener Abkommen vom 14. Juni 1985 (Schengen II) gab die Europäische Union ihrer Politik auf diesem Gebiet in der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts ein juristisches Korsett, das die Aufnahme von Flüchtlingen stark reglementiert. Überhaupt vollzogen alle wichtigen OECD-Länder während der 1990er-Jahre eine restriktive Wende ihrer Asylpolitik (vgl. dazu: Holzer/Schneider 2002).

Sie reagierten auf die wachsenden Flüchtlingsströme, indem Grenzkontrollen verstärkt und die Anerkennungsverfahren nicht nur formalisiert, sondern auch strenger gehandhabt wurden. Nach dem Amsterdamer Vertrag von 1997 behalten die EU-Mitgliedstaaten zumindest vorerst ihre Entscheidungsgewalt im Hinblick auf die Ausländer- und Asylpolitik, deren Harmonisierung allerdings voranschreitet. Öffnung und Schließung gegenüber bestimmten Gruppen mehr oder weniger erwünschter Zuwanderer stellen strategische Optionen der Migrationspolitik dar, über die nationale Regierungen verfügen. „Staaten sind also (...) nicht einfach ‚Opfer‘ von Globalisierungsprozessen, auf die sie dann reagieren, sondern sie sind Akteure, die nachweisbar selbst globale Strukturen produzieren und durch ihre Handlungsweisen immer stärker stabilisieren.“ (Bös 1997, S. 181)

Durch den sog. Asylkompromiss zwischen den damaligen Regierungsparteien CDU/CSU und FDP mit der SPD als führender Oppositionspartei, welcher eigentlich ein „Doppelbeschluss“ war und auf eine umfassende Neuregelung von Zuwanderung abzielte, wurde am 6. Dezember 1992 im vereinten Deutschland der Übergang zu einem ganz anderen Migrationsregime eingeleitet (vgl. Karakayali/Tsianos 2002, S. 260). In nur scheinbar paradoxer Weise ging die Schleifung des Grundrechts auf Asyl (Änderung des Art. 16 GG), also der härteste Eingriff in die Rechtsposition politisch Verfolgter, den die deutsche Verfassungsgeschichte nach 1933 überhaupt kennt, mit einem Konsens über Erleichterungen im Bereich der Arbeitsmigration einher. Auch wenn die Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl bis zu dessen Abwahl am 27. September 1998 kein Einwanderungsgesetz mehr in Angriff nahm und die Umsetzung des zweiten Teils der Parteienübereinkunft so lange verschleppte, bis sie nicht mehr im Amt war, hat der vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gestoppte Gesetzentwurf der rot-grünen Koalition hier seinen Ursprung. Überhaupt unterschied sich die Regierungspraxis im Bereich der Migration und Integration nur graduell: „Die Politik der christlich-liberalen Regierung war weniger restriktiv, als häufig unterstellt – und die aktuelle Politik ist weniger fortschrittlich als von vielen angenommen bzw. erhofft.“ (Treibel 2001, S. 121)

Die strukturelle Dualisierung der Migration spiegelt sich nicht nur im öffentlichen bzw. medialen Diskurs über „Asylschmarotzer“, die systematisch den deutschen Sozialstaat missbrauchen, und ausländische Experten, die den heimischen Arbeitsmarkt bereichern, sondern auch im Handeln der Regierungen bzw. Verwaltungen unterschiedlicher Couleur wider: Statt für begehrte IT-Fachleute auf die Anwerbestoppausnahme-Verordnung zurückzugreifen, bot man ihnen nach US-amerikanischem Vorbild eine Green sowie (in Bayern, Hessen und Niedersachsen) eine Blue Card an, wenngleich diese im Unterschied dazu kein dauerhaftes Niederlassungsrecht beinhalteten, wohingegen das Ausländer- und Asylrecht für Flüchtlinge national wie auf EU-Ebene immer mehr verschärft wurde.

4. Armut, Migration und Chancen einer multikulturellen Gesellschaft

Individuen und Gruppen von Menschen dürften auch künftig dorthin wandern, wo mehr Wohlstand herrscht und sie auf ein besseres Leben durch Partizipation daran hoffen können. „Die Migration der Armen wird in einer Welt, in der man nur noch durch Polizeigewalt an die Heimat Erde gebunden ist, zu einem bedeutenden Faktor nicht nur der Wirtschaft, sondern auch jener Politik, die im kommenden Jahrhundert neu bestimmt werden wird.“ (Guéhenno 1994, S. 26 f.)

Globalisierung, soziale Polarisierung und Pauperisierung großer Teile der Weltbevölkerung fördern die Migration, der im multimedialen Zeitalter noch mehr Bedeutung zukommen dürfte. Umso dringender bedarf die Globa-

lisierung einer ideologiekritischen Relativierung und Entmythologisierung, weil sie in der öffentlichen Diskussion hierzulande fast ausnahmslos verherrlicht oder hinsichtlich der Folgen eines neoliberalen „Umbaus“ fast aller Lebensbereiche nach Marktgesetzen und Konkurrenzprinzipien verharmlost wird:

„Der telekommunikative Mythos vom freien Zugang in die Cyberräume einer globalen Informationsökonomie hat die politische Funktion der Vortäuschung gigantischer Freiheitsgewinne, obwohl wir es doch eher mit einer (sozial)technisch vermittelten Retotalisierung von anonymer Herrschaft zu tun haben, für die m.E. der Ausdruck *Globalitarismus* angemessen erscheint.“ (Ahlers 1999, S. 27)

Dies gilt auch und gerade im Hinblick auf Wanderungsbewegungen, die teilweise einen ausgesprochenen *Zwangs*charakter haben. Selten wird über die ökonomischen und sozialen Schattenseiten des Globalisierungsprozesses wie den Menschenhandel und die moderne Sklaverei gesprochen. Gerade weil sie heute überall verboten ist, findet die Versklavung außerhalb legaler Räume und damit vielleicht noch brutaler statt (vgl. Arlacchi 2000, S. 153; ergänzend: Bales 2001). Denn es lohnt sich nicht mehr, in die „Ware Mensch“, also die Ernährung, Erziehung und Ausbildung der Sklav(inn)en, zu investieren. Billiger ist es, schnell für weiteren Nachschub an „Menschenmaterial“ zu sorgen. Die fortschreitende Ökonomisierung bzw. Kommerzialisierung der Gesellschaft macht offenbar auch vor einer Vermarktung des Menschen selbst nicht Halt. Pino Arlacchi (2000, S. 41) betrachtet die moderne Sklaverei denn auch als Auswuchs einer globalisierten Marktwirtschaft, in der die Warenbeziehungen von der Güterwelt auf das Individuum und seine Arbeit ausgedehnt werden: „Entgegen den Vorhersagen der Abolitionisten, die Sklaverei und modernen Kapitalismus für unvereinbar hielten, sind niemals mehr Menschen zur Herstellung von Waren und als Dienstleister versklavt worden als gegen Ende des 20. Jahrhunderts.“

Wanderungen, die (scheinbar) freiwillig erfolgen, lösen in den Aufnahmeländern gleichfalls teilweise heftige Reaktionen aus. Dabei spielen die Massenmedien in der multikulturellen Einwanderungsgesellschaft eine Schlüsselrolle, weil sie Migration als Normalität, als Chance oder als Gefahr (z.B. für die „nationale Identität“) erscheinen lassen können, wodurch sich das Image und der soziale Status, aber letztlich auch die materielle Lage und die beruflichen Zukunftsperspektiven der betroffenen Zuwanderer unterschiedlich gestalten (vgl. hierzu: Butterwegge u.a. 1999).

Migration wird in den Medien häufig nicht als Reaktion auf eine prekäre Lebenssituation von Individuen bzw. Familien, sondern als massenhafte „Invasion“ aus den Armenhäusern der Welt dargestellt, wie Karin Böke (1997) in einem Beitrag über Metaphern des Einwanderungsdiskurses zeigt. Auch die Sozialwissenschaft trägt ihren Teil zur Dramatisierung des Phänomens „Zuwanderung“ und zur Verunsicherung der Einheimischen bei. Horst Afheldt (1993, S. 44) entwirft ein typisches Horrorszenerario, wenn er schreibt: „Privatarmeen für die Reichen wie in den Amazonasstaaten oder ‚Todeschwadronen‘, die nach brasilianischem Vorbild ‚kriminelle‘ Straßenkinder wahllos töten, demonstrieren eine mögliche weltweite Entwicklung.“ Afheldt (ebd., S. 48) hält das „Boot“ Bundesrepublik nach dem von ihm selbst gewählten Maßstab „Möglichkeit sozialer Integration“ bereits für „gefährlich überladen“, obwohl viele Staaten der sog. Dritten Welt, die erheblich weniger Wohlstand aufweisen, weit mehr (Bürgerkriegs-)Flüchtlinge aufnehmen, ohne dass gewaltsame Konflikte zwischen Einheimischen und Neuankömmlingen ausbrechen.

Strukturprobleme moderner Gesellschaften kulminieren im Streitfall der Migration und Inklusion von Menschen anderer Herkunft bilden eine Kernaufgabe, die der National- als Sozialstaat übernimmt.

„Migration wird zum Medium öffentlicher Kommunikation von Problemen moderner Gesellschaften. Dies ist der Grund, warum Migration heute solche Resonanz als Problem findet. Die Skandalisierung von Migration ist weniger darauf zurückzuführen, daß Migranten Leid erfahren (das war schon immer so), sondern darauf, daß Migration sich dafür eignet, die Reproduktionsprobleme moderner Gesellschaften neu zu denken.“ (Eder 1998, S. 72)

Mit der Globalisierung wird die multikulturelle Gesellschaft von einer Utopie zur unabwiesbaren Realität, an der auch Rassisten nicht mehr einfach vorbeisehen können, sondern die sie vielleicht noch energischer und fanatischer bekämpfen. Ulrich Beck (1997, S. 154) weist auf entsprechende Tendenzen zu Abschottung, Intoleranz und Xenophobie als Schattenseiten der Globalisierung hin, betont jedoch auch und vor allem die positiven Implikationen der veränderten Kräftekonstellation:

„Wenn die Ambivalenzen der Weltgesellschaft am Ort konfliktvoll aufbrechen, ist das kein Zeichen des Scheiterns ‚multikultureller Gesellschaftsexperimente‘, sondern möglicherweise Zeichen des Beginns einer neuen Gesellschaftsepoche, in der transnationale, transkulturelle Lebensformen Normalität werden.“

Man sollte Migration nicht auf ein Problem der Vermischung von Kulturen bzw. der Verunsicherung kollektiver Identitäten, aber natürlich auch nicht auf ein sozioökonomisches, *ausschließlich* in der durch Globalisierungsprozesse wachsenden Ungleichheit von Lebensbedingungen und Disparitäten des Welt(arbeits)marktes wurzelndes Phänomen reduzieren (vgl. Bommers/Scherr 1991, S. 296). *Identitäts*probleme lassen sich meist auf *Interessengegensätze* zurückführen; kulturelle sind von ökonomischen und sozialen Fragen schwer zu trennen.

Auch eine „Politik der Anerkennung“, für die Charles Taylor (1997) in seinem berühmten Essay gleichen Titels plädiert, basiert auf der Bereitschaft zur Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zwischen Klassen, Schichten und Gruppen. Der entwickelte Wohlfahrtsstaat schafft Seyla Benhabib (1999, S. 35) zufolge überhaupt erst die soziale Basis für eine Ausprägung unterschiedlicher kultureller Identitäten durch (ethnische) Minoritäten:

„Weil er das Netz sozialer Gleichheit über eine bloße Einkommensverteilung hinaus ausdehnt, um in den wichtigsten Bereichen der Gesellschaft wie Gesundheit, Ausbildung und Wohnung Chancengleichheit zu erreichen, erzeugt der Wohlfahrtsstaat eine Form der öffentlich-politischen Kultur, die die Bildung von kollektiven Gruppenidentitäten fördert.“

Neben nationalistischen Partikularismen hält Alfredo Märker (1998, S. 110) dagegen die Herausbildung des modernen Wohlfahrtsstaates für den wichtigsten Faktor, welcher verhindert, dass Menschen über ihren Lebensort autonom bestimmen können: „Mit der Ausdehnung wohlfahrtsstaatlicher Strukturen wuchs zwangsläufig auch das Interesse der betreffenden Staaten, den Zugang zu den damit verbundenen Leistungsansprüchen durch Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung zu kontrollieren.“

Auch Michael Bommers (1999, S. 175) ignoriert m.E. das *dialektische* Moment der Sozialstaatlichkeit und ihre Rückbindung an politökonomische Rahmenbedingungen, wenn er konstatiert: „Der Wohlfahrtsstaat wird zu einer Form der Institutionalisierung von Ungleichheit, indem er seine Leistungen durch Schließung nach außen zu begrenzen und nach innen zu steigern versucht.“ Nicht „der Wohlfahrtsstaat“ agiert nämlich in der hier kritisierten Weise, sondern das gesellschaftliche Establishment, welches ihm die nötigen Ressourcen vorenthält, um bedürftige Migrant(inn)en und Einheimische gleichermaßen alimentieren zu können, oder sie ihm – meist unter dem Vorwand mangelnder Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Wirtschaftsstandortes – sogar entzieht.

Wohlfahrtsstaat und Zuwanderung bilden trotz entsprechender Behauptungen von Links- bis Rechtsaußen keinen antagonistischen Widerspruch, können vielmehr in einer nützlichen Wechselbeziehung stehen, wenn die Politik eines reichen Landes wie der Bundesrepublik angemessen auf Migration reagiert (vgl. Butterwegge 2000, S. 276 ff.). Sich armen Zuwanderern mit dem natürlich nicht falschen Hinweis auf die Notwendigkeit einer intensiveren Entwicklungszusammenarbeit zu verweigern, wie es Thomas W. Pogge (2002) empfiehlt, ist dagegen kein Konzept zur Bewältigung der Migrationsproblematik, die letztlich nach einer gerechten Weltordnung ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt verlangt. Umgekehrt wird ein Schuh daraus:

„Sofern die bessergestellten Länder nicht tun, was in ihrer Macht steht, um die ökonomischen Aussichten der gravierend Schlechtgestellten in ihrem Herkunftsland entscheidend zu verbessern, haben sie grundsätzlich keine Berechtigung, ein Einwanderungsgesuch der Betroffenen abzulehnen.“ (Schlothfeld 2002, S. 95)

Migration muss als gesellschaftliche Normalität, konstitutiver Bestandteil des Globalisierungsprozesses und (sozial)politische Gestaltungsaufgabe von höchster Priorität begriffen werden. Deutschland braucht eine integrale Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, die weltoffen, demokratisch und den Menschenrechten verpflichtet ist. Mögen viele Beobachter das Ziel eines *Weltwohlfahrtsstaates* für utopisch halten, nach Meinung anderer Fachleute existiert ein solches Regime zumindest in Ansätzen bereits (vgl. Hoffmann-Nowotny 2002, S. 33). Diese lassen sich erweitern, sofern das Versprechen der Globalisierung ernst genommen und gegenüber Arbeitsmigrant(inn)en, Flüchtlingen und Vertriebenen eingelöst wird. Bisher genießt nur das Kapital fast ungeschränkte Freizügigkeit, während die Menschen an den Staatsgrenzen (nicht selten mit Gewalt) zurückgehalten werden.

Literatur

- Afeldt, Horst (1993): Sozialstaat und Zuwanderung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* 7, S. 42-52
- Ahlers, Ingolf (1999): Im Zeichen der Globalisierung – Weltökonomie und Neoliberalismus. Eine Einführung in den Diskussionsstand aus abweichender Perspektive, in: Elçin Kürşat-Ahlers/Dursun Tan/Hans-Peter Waldhoff (Hg.), *Globalisierung, Migration und Multikulturalität. Werden zwischenstaatliche Grenzen in innerstaatliche Demarkationslinien verwandelt?*, Frankfurt am Main, S. 15-48
- Angenendt, Steffen (2003): Wanderungsbewegungen und Globalisierung. Zusammenhänge – Probleme – Handlungsmöglichkeiten, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hg.), *Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik*, 2. Aufl. Opladen, S. 37-52
- Arlacchi, Pino (2000): *Ware Mensch. Der Skandal des modernen Sklavenhandels*, München/Zürich
- Bales, Kevin (2001): *Die neue Sklaverei*, München
- Beck, Ulrich (1997): *Was ist Globalisierung?*, 3. Aufl. Frankfurt am Main
- Beisenherz, H. Gerhard (2002): *Kinderarmut in der Wohlfahrtsgesellschaft. Das Kainsmal der Globalisierung*, Opladen
- Benhabib, Seyla (1999): *Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung*, Frankfurt am Main
- Bischoff, Joachim (1998): Hegemonie und Bürgergesellschaft, in: ders./Frank Deppe/Klaus Peter Kisker (Hg.), *Das Ende des Neoliberalismus?, Wie die Republik verändert wurde*, Hamburg, S. 53-80
- Böke, Karin (1997): Die „Invasion“ aus den „Armenhäusern Europas“. Metaphern im Einwanderungsdiskurs, in: Matthias Jung/Martin Wengeler/Karin Böke (Hg.), *Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über „Ausländer“ in Medien, Politik und Alltag*, Opladen, S. 164-193

- Bös, Mathias (1997): Migration als Problem offener Gesellschaften. Globalisierung und sozialer Wandel in Westeuropa und Nordamerika, Opladen
- Bommes, Michael/Scherr, Albert (1991): Der Gebrauchswert von Selbst- und Fremdenethnisierung in Strukturen sozialer Ungleichheit, in: PROKLA 83, S. 291-315
- Bommes, Michael (1999): Migration und nationaler Wohlfahrtsstaat. Ein differenzierungstheoretischer Entwurf, Opladen/Wiesbaden
- Büchel, Felix/Frick, Joachim/Voges, Wolfgang (1997): Der Sozialhilfebezug von Zuwanderern in Westdeutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2, S. 272-290
- Büttner, Christian/Meyer, Berthold (Hg.) (2001): Integration durch Partizipation. „Ausländische Mitbürger“ in demokratischen Gesellschaften, Frankfurt am Main/New York
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Sarigöz, Fatma (Hg.) (1999): Medien und multikulturelle Gesellschaft, Opladen
- Butterwegge, Christoph (2000): Zuwanderung und Wohlfahrtsstaat im Zeichen der Globalisierung – antagonistischer Widerspruch oder nützliche Wechselbeziehung?, in: ders./Gudrun Hentges (Hg.), Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, Opladen (1. Aufl.), S. 258-286
- Butterwegge, Christoph (2001): Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, 3. Aufl. Opladen
- Dreher, Sabine (2003): Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat?, Die Bedeutung der Migration in der Globalisierungsdebatte, in: Uwe Hunger/Bernhard Santel (Hg.), Migration im Wettbewerbsstaat, Opladen, S. 13-31
- Eder, Klaus (1998): Warum ist Migration ein soziales Problem?, Von einer politischen Ökonomie zu einer politischen Soziologie der Migration, in: Michael Bommes/Jost Halfmann (Hg.), Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten. Theoretische und vergleichende Untersuchungen, Osnabrück, S. 63-79
- Galtung, Johan (2003): Globale Migration, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hg.), Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, 2. Aufl. Opladen, S. 11-21
- Gilges, Konrad (1998): Reichtum in Deutschland oder: Reiche werden immer reicher, Arme immer zahlreicher, in: Raúl Fornet-Betancourt (Hg.), Armut im Spannungsfeld zwischen Globalisierung und dem Recht auf eigene Kultur. Dokumentation des VI. Internationalen Seminars des philosophischen Dialogprogramms, Frankfurt am Main, S. 46-48
- Guéhenno, Jean-Marie (1994): Das Ende der Demokratie, München
- Han, Petrus (2000): Soziologie der Migration. Erklärungsmodelle – Fakten – politische Konsequenzen – Perspektiven, Stuttgart
- Hof, Bernd (1993): Europa im Zeichen der Migration. Szenarien zur Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung in der Europäischen Gemeinschaft bis 2020, Köln
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (2002): Internationale Ungleichheit und Weltmigration, in: Andreas Treichler (Hg.), Wohlfahrtsstaat, Einwanderung und ethnische Minderheiten. Probleme, Entwicklungen, Perspektiven, Wiesbaden, S. 27-36
- Holzer, Thomas/Schneider, Gerald (2002): Asylpolitik auf Abwegen. Nationalstaatliche und europäische Reaktionen auf die Globalisierung der Flüchtlingsströme, Opladen
- Karakayali/Tsianos, Vassilis (2002): Migrationsregimes in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Verhältnis von Staatlichkeit und Rassismus, in: Alex Demirovic/Manuela Bojadzije (Hg.), Konjunkturen des Rassismus, Münster, S. 246-267
- Kleinert, Corinna (2000): Migration, in: Jutta Allmendinger/Wolfgang Ludwig-Mayerhofer (Hg.), Soziologie des Sozialstaats. Gesellschaftliche Grundlagen, historische Zusammenhänge und aktuelle Entwicklungstendenzen, Weinheim/München, S. 351-381
- Köppen, Kirsten (2000): Migration – Zunahme durch die Globalisierung, in: Bundesarbeitsblatt 6, S. 26-30
- Köbler, Reinhart (1997): Globalisierung, internationale Migration und Begrenzungen ziviler Solidarität. Versuch über aktuelle Handlungsformen von Nationalstaaten, in: Ludger Pries (Hg.), Transnationale Migration (Soziale Welt, Sonderband 12), Baden-Baden, S. 329-347

- Lucke, Albrecht von (2000): Einwanderung à la carte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8, S. 909-912
- Märker, Alfredo (1998): Zuwanderung und Gerechtigkeit. Eine Analyse der gegenwärtigen deutschen Zuwanderungssituation, Saarbrücken
- Meier-Braun, Karl-Heinz (2002): Deutschland, Einwanderungsland, Frankfurt am Main
- Miegel, Meinhard (1997): Zuwanderung und Sozialstaat, in: Steffen Angenendt (Hg.), Migration und Flucht. Aufgaben und Strategien für Deutschland, Europa und die internationale Gemeinschaft, Bonn, S. 99-104
- Müller-Schneider, Thomas (2000): Zuwanderung in westliche Gesellschaften. Analyse und Steuerungsoptionen, Opladen
- Nauck, Bernhard (2001): Familien ausländischer Herkunft und der Sozialstaat, in: Edda Currlé/Tanja Wunderlich (Hg.), Deutschland – ein Einwanderungsland?, Rückblick, Bilanz und neue Fragen, Stuttgart, S. 249-270
- Nuscheler, Franz (2003): Globalisierung und ihre Folgen: Gerät die Welt in Bewegung?, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hg.), Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, 2. Aufl. Opladen, S. 23-35
- Pogge, Thomas W. (2002): Migration und Armut, in: Alfredo Märker/Stephan Schlothfeldt (Hg.), Was schulden wir Flüchtlingen und Migranten?, Grundlagen einer gerechten Zuwanderungspolitik, Wiesbaden, S. 110-126
- Potts, Lydia (1988): Weltmarkt für Arbeitskraft. Von der Kolonisation Amerikas bis zu den Migrationen der Gegenwart, Hamburg
- Pries, Ludger (1997): Neue Migration im transnationalen Raum, in: ders. (Hg.), Transnationale Migration (Soziale Welt, Sonderband 12), Baden-Baden, S. 15-44
- Röseler, Sibylle/Vogel, Dita (1993): Illegale Zuwanderer – ein Problem für die Sozialpolitik?, ZeS-Arbeitspapier 1/93 (Zentrum für Sozialpolitik an der Universität Bremen)
- Sassen, Saskia (2000): Immigration im Zeichen der Globalisierung. Ein neues Feld politischer Inhalte, in: Vorgänge 150, S. 3-13
- Schlothfeldt, Stephan (2002): Ökonomische Migration und globale Verteilungsgerechtigkeit, in: Alfredo Märker/Stephan Schlothfeldt (Hg.), Was schulden wir Flüchtlingen und Migranten?, Grundlagen einer gerechten Zuwanderungspolitik, Wiesbaden, S. 93-109
- Schmähl, Winfried (1995): Migration und soziale Sicherung. Über die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung: das Beispiel der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 40, Tübingen, S. 247-271
- Straubhaar, Thomas (1997): Zuwanderung und Sozialstaat: Bedrohung oder Chance?, in: Eckhard Knappe/Albrecht Winkler (Hg.), Sozialstaat im Umbruch. Herausforderungen an die deutsche Sozialpolitik, Frankfurt am Main/New York, S. 47-64
- Taylor, Charles (1997): Die Politik der Anerkennung, in: ders., Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Mit einem Beitrag von Jürgen Habermas, Frankfurt am Main, S. 13-78
- Treibel, Annette (2001): Von der Anwerbestoppausnahme-Verordnung zur Green Card: Reflexion und Kritik der Migrationspolitik, in: Edda Currlé/Tanja Wunderlich (Hg.), Deutschland – ein Einwanderungsland?, Rückblick, Bilanz und neue Fragen, Stuttgart, S. 113-126
- Welzk, Stefan (2000): Wie in Deutschland umverteilt und der Wohlstand ruiniert wird, in: Herbert Schui/Eckart Spoo (Hg.), Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland, 3. Aufl. Heilbronn, S. 27-36
- Wengeler, Martin (2000): Von „Belastungen“, „wirtschaftlichem Nutzen“ und „politischen Zielen“. Die öffentliche Einwanderungsdiskussion in Deutschland, Österreich und der Schweiz Anfang der 70er Jahre, Wiesbaden, S. 135-157

* Prof. Dr. Christoph Butterwegge leitet die Abteilung für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Buchveröffentlichung zum Thema: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hg.), Zuwanderung im Zeichen

der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik,
2. Aufl. Opladen 2003